

Richtig weit sind wir noch nicht gekommen

Der Präsident des Umweltbundesamts (UBA), Prof. Dr. Dirk Messner, über die notwendige Reduzierung des Flächenverbrauchs, umweltfreundliche Wohnformen in Stadt und Land sowie Anforderungen an eine bodenschonende Landwirtschaft

Herr Professor Messner, ist der Traum vom eigenen Häuschen bald ausgeträumt?

Nein. Und ich finde es auch zu kleinteilig, über einzelne Bauformen zu diskutieren. Ich finde den Wunsch vieler Menschen nach weniger Lärm und mehr Grün übrigens völlig berechtigt. Klar ist aber auch, dass das freistehende Einfamilienhaus auf dem Land aus Umweltsicht einige Nachteile gegenüber dem verdichteten Wohnen in der Stadt mit sich bringt. Pro Kopf benötigt ein Haus oft mehr Fläche, mehr Baustoffe und meist auch mehr Energie; außerdem ist man öfter auf das Auto angewiesen. Doch statt Debatten über Verbote einzelner Bauformen zu führen, sollten wir uns um die Aufwertung der Innenstädte und innenstadtnahen Lagen kümmern. Dort gilt es, architektonisch und städtebaulich hochwertige Angebote für umweltfreundlichere Wohnformen anzubieten.

Müssen wir im ländlichen Raum künftig anders bauen? Wenn ja, wie?

Wir brauchen nicht nur auf dem Land, sondern überall neue Wohnformen, die den Bedürfnissen nach Freiräumen und Ruhe besser gerecht werden und die bezahlbar sind. Im Umland der Ballungszentren sind das sicher auch stärker verdichtete Wohnformen, die aber dennoch genügend Grün bieten. Hier gibt es schon viele gute Beispiele. Neben dem Neubau setzen wir vor allem auf die Umnutzung und Weiter-

entwicklung des Bestands. Wenn Neubau nötig ist, dann sollten die Kommunen zusammenarbeiten und Wohngebiete nicht in Konkurrenz zueinander, sondern gemeinsam entwickeln – und möglichst vermeiden, Infrastrukturen doppelt zu bauen. Unser Projekt „UMLANDSTADT umweltschonend“ widmet sich genau solchen Fragen. Erste Ergebnisse werden wir bei unserer UBA-Konferenz „Forum mobil & nachhaltig“ am 22. und 23. November 2021 vorstellen.

Die mit der Corona-Pandemie eingetretenen Veränderungen wie etwa das Arbeiten von zu Hause aus und standortunabhängig könnten einen Trend „Raus aufs Land“ begründen oder verstärken. Was bedeutet das aus Umweltsicht und insbesondere mit Blick auf den Flächenverbrauch?

Das Homeoffice hat durch Corona in der Tat einen zusätzlichen Schub erhalten. Aus Umweltperspektive ist das positiv, weil sich dadurch weniger Pendelwege ergeben. Das kann ein großer Gewinn für die Umwelt sein. Aktuell können wir noch nicht beziffern, wie sich die modernen Arbeitsformen auf die Suburbanisierung auswirken. Sollte es im Nachgang der Corona-Pandemie zu neuer Suburbanisierung kommen, müsste man versuchen, das nachhaltig zu gestalten. Wenn wir stadtnah gute Angebote für umweltfreundliche Wohnformen schaffen und so flächen- und ressourcensparend bauen, glaube ich nicht, dass mehr Homeoffice automatisch

auch zu mehr Flächenverbrauch führt. Und wenn Bürogebäude in den Innenstädten leerfallen, könnte das für mehr bezahlbare Wohnungen in den Städten sorgen. Viele Menschen verlassen die Städte ja auch, weil es in den Städten kaum mehr bezahlbare Wohnungen gibt.

Die Bundesregierung hat sich im Rahmen ihrer Nachhaltigkeitsstrategie zum Ziel gesetzt, die Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlungen und Verkehr bis 2030 auf unter 30 ha pro Tag zu reduzieren. Bekommt das Thema Flächenverbrauch angesichts „großer Umweltfragen“ wie Klimakrise und Artenrückgang hinreichend politische und öffentliche Aufmerksamkeit?

Das Thema Flächenverbrauch hängt ganz eng mit dem Erhalt der Biodiversität und dem Klimaschutz zusammen. Das ist in der Öffentlichkeit angekommen und auch die Politik hat die Fläche auf der Agenda. Wir sehen das in der Nachhaltigkeitsstrategie, in der Nationalen Biodiversitätsstrategie und im Klimaschutzplan 2050 – überall hat das Thema Fläche Eingang gefunden. Auch das Baugesetzbuch hat den Vorrang der Innenentwicklung rechtlich verankert. Kritisch sehe ich aber die Wiedereinführung der in § 13b Baugesetzbuch (BauGB) verankerten Regelung zur Erleichterung von Bauvorhaben im Außenbereich. Das widerspricht den vereinbarten Zielen, mehr Flächen zu sparen. Eine Studie von uns hat gezeigt, dass der § 13b BauGB zu mehr Flächen-

verbrauch und Zersiedelung der Landschaft geführt hat – ohne neues Wohnbauland in Kommunen mit überhitzten Wohnungsmärkten zu schaffen.

Warum ist die Reduzierung des Flächenverbrauchs ein wichtiges Umweltziel? Wo stehen wir derzeit?

Das Ziel steht seit fast 20 Jahren als Schlüsselindikator in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. So richtig weit sind wir aber noch nicht gekommen. Jeden Tag bebauen und versiegeln wir 56 ha überwiegend fruchtbaren landwirtschaftlichen Bodens – pro Jahr eine Fläche etwa so groß wie Hannover. Der Umgang mit den kostbaren Flächen ist also nicht nachhaltig.

Die Zersiedelung schadet den Lebensräumen vieler Arten, belastet Boden und Grundwasser und neue Straßen führen zu mehr Verkehr und damit zu mehr Lärm und Abgasen.

Wie hoch ist der Anteil der versiegelten Fläche in Deutschland?

Wir müssen zwei Dinge unterscheiden: Den Flächenverbrauch – also die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche – und die Flächenversiegelung. Neben den bebauten Flächen gehören ja auch unbebaute und nicht versiegelte Flächen wie z. B. private Gärten, Grünanlagen, Parks oder Campingplätze zu den Siedlungs- und Verkehrsflächen. Eine amtliche Statistik zu den wirklich versiegelten, d. h. bebauten Flächen gibt es nicht. Die Länder schätzen, dass im Jahr 2018 rund 45 % der Siedlungs- und Verkehrsflächen auch versiegelt waren. Bezogen auf die Gesamtfläche Deutschlands hat die Siedlungs- und Ver-

kehrsfläche 14,4 % und der Anteil der versiegelten Fläche rund 6,5 %.

Welche Rolle kommt der Entsiegelung von Flächen zu?

Die Entsiegelung von Flächen ist gerade im urbanen Raum für die Anpassung an den Klimawandel dringend nötig. Mehr Grün hilft auch gegen die steigenden Temperaturen und hilft, das Wasser abzuführen, das bei den immer häufiger werdenden Starkregen sonst nicht abfließen kann. Entsiegelte Flächen können – abhängig vom Umfang – so zu mehr Kühlung, mehr Wasser-rückhalt und besserer Luft führen. Das wird immer wichtiger, denn der Klimawandel trifft auch Deutschland schon.

Wie stellt sich die Situation beim Flächenverbrauch in Deutschland im internationalen Vergleich dar?

Die Situation in anderen europäischen Ländern schauen wir uns gerade systematisch an. Jeder Staat definiert Flächenverbrauch etwas anders. Das grundsätzliche Problem ist überall erkannt, die Zahlen aber nicht vergleichbar. Laut europäischer Umweltagentur liegt Deutschland 2020 im hinteren Mittelfeld.

Was sind die entscheidenden Stellschrauben, um das 30 ha-Ziel zu erreichen? Unter welchen Voraussetzungen und in welchem Zeitraum kann eine Absenkung auf Null gelingen?

Für 2050 hat die Europäische Kommission in der Tat das Netto-Null-Ziel („No net land take“) vorgegeben. Die Bundesregierung hat sich zu diesem Ziel bekannt. Es ist aber, wie auch das 30 ha-x-Ziel, ein politisches Ziel ohne rechtliche Bindung. Dies ist ein

großes Manko. Wir brauchen verbindliche Mengenvorgaben für den Flächenverbrauch. Nur dann wird der Druck ausreichend groß sein, um das Ziel in Angriff zu nehmen.

Die Landwirtschaft ist neben der Umwelt Leidtragende des Flächenverbrauchs. Sie steht vor tiefgreifenden Veränderungen. Der Boden ist ihr wichtigster Produktionsfaktor. Wie hat sich der Zustand der landwirtschaftlich genutzten Flächen in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt?

Die Landwirtschaft hat sich in den zurückliegenden hundert Jahren rasant entwickelt. Das ist nicht spurlos an den Böden vorbeigegangen. Mehr Maschinen, mehr Pflanzenschutz- und Düngemittelleinsatz sowie ertragreiche Sorten haben zu einer enormen Intensivierung der Landwirtschaft geführt. Vieles davon, was uns günstige Lebensmittel in Hülle und Fülle gewährt, gefährdet leider die Böden, die die Grundlage allen Lebens sind. Große Sorgen machen mir die Umwandlung von Grünland in Ackerland, die Nutzung ehemaliger Moorstandorte und auch die Einengung der Fruchtartenspektren mit den damit einhergehenden Fruchtfolgen. Verhältnismäßig neu sind die Gefahren durch den Klimawandel, die zunehmenden Trockenphasen im Sommer und Starkniederschläge – dadurch steigt auf immer mehr Flächen auch die Erosionsgefahr.

Worin bestehen die derzeit größten Defizite beim Bodenzustand?

Im Boden lebende ja unzählbare Kleinstlebewesen, die den Humus herstellen, also den fruchtbaren Teils des Bodens. Diese Humus-

Dirk Messner steht seit 1. Januar 2020 an der Spitze des Umweltbundesamts. Zuvor war der Politikwissenschaftler Direktor des Institute for Environment and Human Security an der Universität der Vereinten Nationen in Bonn sowie Ko-Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WBGU) der Bundesregierung. Von 2003 bis 2018 war Messner Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE). Der UBA-Präsident mahnt verlässliche Perspektiven für den aus seiner Sicht unerlässlichen Wandel der Landwirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit an. Politik und Landwirtschaft wirft der 58-Jährige vor, sie hätten in der Agrarumweltpolitik zu lange auf Zeit gespielt und es versäumt, rechtzeitig notwendige Korrekturen vorzunehmen. Messner plädiert für einen Mix aus Ordnungsrecht und Anreizen, um Umweltziele in der Landwirtschaft zu erreichen.



Foto: UBA

vorräte gehen in Deutschland aber zurück, da müssen wir dringend gegensteuern. Dann haben wir als großes Problem die Trockenlegung von Mooren. Diese trägt dazu bei, dass der darin gespeicherte Kohlenstoff freigesetzt und das Klima belastet wird. Und ich sehe zunehmend mit Sorge, dass Plastik in die Böden gelangt. Meist über Klärschlämme, Gärreste oder Kompost, aber auch durch Folienreste z. B. aus dem Spargelanbau. Über Pflanzen oder das Grundwasser können diese Stoffe auch in der Nahrung landen. An das Problem müssen wir ran, bevor es zu spät ist.

*Was können Landwirt*innen tun, um ihre Produktionsgrundlage Boden zu sichern?*

Besonders wichtig ist, dass standortangepasst gewirtschaftet wird. Dazu gehört, bei den Fruchtfolgen auf Vielfalt zu setzen, den Humus zu erhalten und möglichst auf Pestizide zu verzichten. Der Erosionsschutz wird auch immer

wichtiger und beim Thema Nährstoffeinträge muss auch mehr passieren.

Wie können die agrarpolitischen Rahmenbedingungen zur Erhaltung oder Erreichung eines guten Bodenzustands beitragen?

Die Landwirtschaftssubventionen machen in Deutschland rund die Hälfte der betrieblichen Einkommen aus. Falls man dieses Geld sinnvoller einsetzt, kann das viel Gutes für den Umweltschutz freisetzen. Wir brauchen dringend mehr finanzielle Anreize, um bei den Kulturarten mehr Vielfalt zu bekommen, die Bodenfruchtbarkeit zu steigern oder den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren. Außerdem sollten die Subventionen daran gekoppelt werden, dass eine ganzjährige Bodenbedeckung vorgeschrieben wird – das würde sehr gegen die Erosion helfen. Leider wird der Großteil der Subventionen bislang noch weitgehend pauschal an die Fläche gekoppelt verteilt.

Dies ist aber weder gerecht, noch gut für die Umwelt.

Abschließend noch einmal zum Flächenverbrauch: Was erwarten Sie von der künftigen Bundesregierung zur Reduzierung des Flächenverbrauchs?

Unsere Empfehlung an alle Bundesregierungen war und ist, die flächenpolitischen Ziele rechtlich verbindlich zu verankern. Der Handel mit Flächenzertifikaten hat sich in unserem Modellversuch als sehr aussichtsreich erwiesen. Gegenwärtig sehe ich aber nicht, dass die Länder da mitspielen. Alternativ könnte eine verbindliche Mengengrenzung über die Raumordnung gelingen, was wir gerade untersuchen. Entscheidend für Fortschritte ist aber, dass die Bundesländer mitspielen. Das wäre die wichtigste Aufgabe für den Bund: mit den Ländern Ziele zu vereinbaren und einen gemeinsamen Handlungsrahmen abzustecken.

■ Rainer Münch